

Bilaterale: Zu viel Käse

REINER EICHENBERGER

Gemäss den neuesten Zahlen des Bundes würde der Wegfall der Bilateralen bis 2035 etwa 20 000 bis 40 000 Franken pro Einwohner kosten. Wer mit solchen Zahlen Politik macht, liegt falsch.



Erstens summieren sie nur angebliche Nutzen und ignorieren alle Kosten der Personenfreizügigkeit: Durch das zuwanderungsgetriebene, allzu schnelle Bevölkerungswachstum werden knappe Faktoren wie Boden, Infrastruktur und Umweltqualität zusätzlich verknappt. Die flankierenden Massnahmen drohen die bisher flexiblen Märkte für Arbeit und Wohnraum zu lähmen, zwei unserer wichtigsten Erfolgsfaktoren. Wegen der freien EU-Zuwanderung schränkt der Bund die Zuwanderung aus Drittländern übermässig ein. Die direkte Demokratie droht ihre fruchtbare Wirkung zu verlieren, wenn immer mehr Einwohner kein Stimmrecht haben. Schon heute sind über 40 Prozent der 30- bis 35-jährigen Einwohner Ausländer.

Zweitens multiplizieren sie die Nutzen, indem sie annehmen, dass nach der hypothetischen Kündigung der Bilateralen bis 2035 keinerlei vernünftige Anpassungen in Politik und Wirtschaft erfolgen – also keinerlei neue Abkommen geschlos-

«Bei genauer Betrachtung bleibt ein kleiner Nutzen.»

sen werden, Schweizer Firmen etwa an öffentlichen Aufträgen aus der EU nicht einfach über ihre EU-Niederlassungen teilnehmen, oder die Schweiz ihre Märkte nicht einseitig öffnet.

Drittens werden die Zahlen unsachgemäss interpretiert. Typisch dafür ist der Käseexport, dessen Entwicklung der Bund, Economiesuisse und manche Medien stereotyp als besonderen Erfolg der Bilateralen loben. Aber: Der Käseexport in die EU stieg von 2002 bis 2014 um 85 Millionen Franken auf 471 Millionen Franken, also um 22 Prozent, oder um nur 15 Prozent über der normalen Teuerung. Das ist aber auch etwa der Trend der Jahre vor 2002, und weniger als beim Export in die Nicht-EU-Staaten. Zudem sind es nur Umsätze, nicht Gewinne. Bei genauer Betrachtung bleiben also nur verschwindend kleine Nutzen. Genau solcher Käse sind auch die 20 000 bis 40 000 Franken «Gesamtschaden» bis 2035, wenn sie mit dem bis dann anfallenden Einkommen von rund 1,5 Millionen Franken verglichen werden.

Letzte Woche machte der Bundesrat auch klar, dass er auf eine Schutzklausel gegen übermässige Zuwanderung setzt. Er arbeitet an einem Modell, das einen Schwellenwert für die Nettozuwanderung fixiert. Falls dieser Wert in einem Jahr überschritten wird, würden für das Folgejahr vorübergehend Kontingente festgelegt. Doch um die Zuwanderung zu senken, müssten die Schwellenwerte tiefer als die heutige Zuwanderung sein, die Schutzklausel also regelmässig aktiviert werden. Zuwanderer würden deshalb versuchen, möglichst in den kontingentsfreien Jahren zuzuwandern, wodurch die Schutzklausel erst recht ausgelöst würde, was wiederum die «vorgezogene Zuwanderung» verstärken würde. Damit würden sich immer Jahre sehr hoher Zuwanderung und sehr starker Restriktion durch Kontingente abwechseln. Damit wäre kein Problem gelöst, aber viele neue geschaffen. Deshalb auch hier: Wehret diesem Käse!

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.